

Nie wieder Krieg!

8. Mai - Tag der Befreiung: Bundesweit finden erneut Schulstreiks gegen die Wehrpflicht statt

Von Arnold Schölzel

Am 8. Mai 1945 endete der Zweite Weltkrieg in Europa. Das faschistische Deutschland, das ihn am 1. September 1939 mit dem Überfall auf Polen ausgelöst hatte, kapitulierte in Berlin-Karlshorst bedingungslos vor der Sowjetunion, den USA, Großbritannien und Frankreich. Bis zur Kapitulation Japans am 2. September 1945 wurden Schätzungen zufolge in diesem Krieg etwa 66 Millionen Menschen getötet, insgesamt kamen wahrscheinlich 80 Millionen Menschen durch Verbrechen und Kriegsfolgen ums Leben. Etwa 27 Millionen von ihnen waren Bürger der Sowjetunion – fast die Hälfte davon wiederum Soldaten der Roten Armee. Von ihnen starben 3,3 Millionen in deutscher Kriegsgefangenschaft. Das war ein gewollter Völkermord im Rahmen des größten der bisherigen Geschichte, den die deutsche Führung an der sowjetischen Bevölkerung geplant hatte: Bis zum Ende des Jahres 1941 sollten nach dem Überfall auf die Sowjetunion laut dem NS-»Hungerplan« rund 30 Millionen »überflüssige« Menschen tot sein. Denn, so stand dort: »Der Krieg ist nur weiterzuführen, wenn die gesamte Wehrmacht im 3. Kriegsjahr aus Rußland ernährt wird.«

Heute rüstet Deutschland erneut massiv auf, klingeln die Kassen der Rüstungskonzerne, die wie Rheinmetall zu den größten Waffenschmieden der Welt aufschließen wollen. Den Ton geben Politiker wie der SPD-Kriegsminister Boris Pistorius an, der von allen »Kriegstüchtigkeit« verlangt und einen angeblichen russischen Überfall schon für 2026 vorhersagte. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Roderich Kiesewetter äußerte 2022, Russland müsse »verlieren lernen wie Deutschland 1945«. Die mit Hilfe ukrainischer Nationalisten und Neofaschisten angefachte antirussische Stimmungsmache in der Bundesrepublik besagt: Es ist Vorkriegszeit.

Vor diesem Hintergrund beschloss der Bundestag am 5. Dezember 2025, die Wehrpflicht schrittweise wieder in Kraft zu setzen. Erwogen wird, sie auf Frauen auszudehnen. Ab Juli 2027 soll es wieder Musterungen geben. Seit dem 1. Januar wurden laut einer *AFP*-Meldung vom Donnerstag rund 194.000 Fragebögen an Männer und Frauen verschickt. 28 Prozent der Männer kamen demnach ihrer gesetzlichen Pflicht zur Antwort innerhalb eines Monats nicht nach. Das Verteidigungsministerium kündigte Bußgelder an. Ebenfalls am Donnerstag forderte der Vorsitzende der Jungen Union, Johannes Winkel, in den Zeitungen der Funke-Mediengruppe »Mut zu Entscheidungen«: »Wiedereinführung der Wehrpflicht ab dem 1. Januar 2027.«

Das könnte nötig sein, denn die Mehrheit der jüngeren Generation lehnt im Gegensatz zur älteren die Wehrpflicht ab. Nur wenige – zwischen 14 und 30 Prozent – sind nach einer Umfrage aus dem vergangenen Sommer bereit,

Wehrdienst zu leisten. Neuere Umfragen wurden nicht veröffentlicht. Der Grund dafür dürfte der Erfolg der Schulstreiks gegen die Wehrpflicht sein. Ihre Initiatoren rufen für diesen 8. Mai zum dritten Mal bundesweit Schüler, Lehrkräfte, Eltern, Studierende und alle Unterstützer auf, gegen die Wehrpflicht als Teil der Kriegsvorbereitung auf die Straße zu gehen. Am 5. Dezember 2025 folgten dem mehr als 50.000 Menschen in 90 Städten, am 5. März waren es ebenso viele in mehr als 150 Städten. Eine Losung für die Manifestationen lautet: »Die Reichen wollen Krieg, die Jugend eine Zukunft!«

Schulstreiks solcher Art machen die Regierenden nervös. Im Internet kursieren Videos von Aktivisten der Bewegung, die von Anwerbeversuchen des sogenannten Verfassungsschutzes und des Bundeskriminalamtes berichten. Schikanen an manchen Schulen folgen ohnehin. Die Neigung, sich als Kanonenfutter zur Verfügung zu stellen, wird das nicht steigern.

<https://www.jungewelt.de/artikel/522211.tag-der-befreiung-nie-wieder-krieg.html>